
Springer-Lehrbuch

Arndt Sinn

Strafrecht Allgemeiner Teil

6. Auflage

 Springer

Arndt Sinn
Fachbereich Rechtswissenschaften
Universität Osnabrück
Osnabrück, Deutschland

Begründet von
Walter Gropp
Justus-Liebig-Universität Gießen
Giessen, Deutschland

ISSN 0937-7433 ISSN 2512-5214 (electronic)
Springer-Lehrbuch
ISBN 978-3-662-71555-0 ISBN 978-3-662-71556-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-71556-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 1997, 2001, 2005, 2015, 2020, 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Walter Gropp mit herzlichem Dank

Vorwort zur 6. Auflage

Die 6. Auflage dieses Lehrbuchs zum Allgemeinen Teil des Strafrechts erscheint nun erstmals in alleiniger Bearbeitung durch mich. Mein besonderer Dank gilt meinem verehrten Lehrer, *Walter Gropp*, für das mir entgegengebrachte Vertrauen, die Konzeption des Werkes fortzuführen. Die bewährte Struktur wurde beibehalten, zugleich aber um die Entwicklungen der letzten Jahre ergänzt.

Die Rechtsprechung der vergangenen vier Jahre wurde bis Ende 2024 umfassend gesichtet und ausgewertet, ebenso wie die einschlägige Literatur. Alle 15 Kapitel wurden aktualisiert und überarbeitet. Um den Umfang des Lehrbuchs handhabbar zu halten, konnte jedoch nicht jeder Beitrag berücksichtigt werden. Die Auswirkungen einer machttheoretischen Verbrechenslehre auf die Lehre von der Straftat wurden vertieft dargestellt. Wesentliche Änderungen betreffen folgende Kapitel: In § 3 wurden die Ausführungen zum Gesetzlichkeitsprinzip ergänzt. § 4 enthält nun zusätzliche Fälle sowie eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Vorsatzproblematik. Ergänzt wurde § 5 um die Diskussion einer Rechtfertigung von Klimaprotesten im Zusammenhang mit Klebe-Blockaden. Erweitert wurden die Ausführungen zum übergesetzlichen entschuldigenden Notstand in § 6. Das Kapitel zur Beteiligung (§ 10) wurde umfassend überarbeitet, wobei insbesondere die Darstellung der mittelbaren Täterschaft um die Problematik erweitert wurde, unter welchen Voraussetzungen schuldunfähige Personen als Tatmittler eingesetzt werden können. Schließlich wurde § 15, der sich mit strafrechtlichen Sanktionen befasst, ergänzt.

Mein besonderer Dank gilt dem Lehrstuhlteam – Frau Ass. iur. *Pia Hönninger*, Herrn Ass. iur. *Christian Bordich* und Herrn Ref. iur. – für ihre sorgfältige und engagierte Arbeit an den Korrekturen der Druckfahnen. Ebenso danke ich Herrn Ref. iur. *Florian Knoop* sowie den studentischen Mitarbeitern Frau cand. iur. *Sophia Gärtner* und Herrn cand. iur. *Fabio Jochens* für die anregenden Diskussionen im Rahmen der „AT-Sitzungen“. Ein ganz besonderer Dank gebührt schließlich meiner Sekretärin, Frau *Petra Heidemeyer*, die mit großer Umsicht und Verlässlichkeit an der Koordination dieser Auflage mitgewirkt hat.

Für die Begleitung dieser 6. Auflage danke ich Frau *Dr. Brigitte Reschke* vom Springer Verlag.

Ich bin für Anregungen und Hinweise stets dankbar. Sollte ich einen wichtigen Beitrag übersehen haben, bitte ich um eine entsprechende Mitteilung – ich werde

ihn gerne in einer zukünftigen Auflage berücksichtigen. Hinweise können Sie mir jederzeit unter sinn@uos.de zukommen lassen.

Dieses Lehrbuch soll Studierende und Leser nicht nur über den Allgemeinen Teil des Strafrechts informieren, sondern sie auch dazu ermuntern und anregen, selbstständig über das Recht nachzudenken. Die Auseinandersetzung mit strafrechtlichen Grundfragen erfordert eine kritische Reflexion dogmatischer Konzepte und ein Verständnis für die Wertungen, die hinter den strafrechtlichen Regeln stehen. Ich hoffe, dass dieses Werk dazu einen Beitrag leisten kann.

Bad Iburg, im Herbst 2025

Vorwort zur 5. Auflage

Die Fortführung des von *Walter Grop*p verfassten und zuletzt 2015 in vierter Auflage erschienen Lehrbuchs „Strafrecht Allgemeiner Teil“ ist Ehre und Herausforderung zugleich. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung half mir der Umstand, dass ich schon als Student der Rechtswissenschaften an der Leipziger Juristenfakultät Teil des Teams am Lehrstuhl Gropp sein und damit die Konzeptionierung, Entstehung und das Wachsen der ersten Auflage des Allgemeinen Teils beobachten durfte. Später habe ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Akademischer Rat auch die zweite und dritte Auflage mitbegleitet. Deshalb wurde auch mein eigenes Verständnis des Strafrechts und später meines wissenschaftlichen Werks von *Walter Grop*p und seinem Allgemeinen Teil nachhaltig geprägt. Es liegt daher auf der Hand, dass ich viele seiner Gedanken und Ideen teile, weshalb sich an der Grundkonzeption des Werkes nichts geändert hat.

*Walter Grop*p schreibt im Vorwort zur ersten Auflage, dass das Begreifen der Zusammenhänge und ihrer Begründung dazu befähigen soll, selbstständig über das Recht nachzudenken und es den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechend weiterzuentwickeln und anzuwenden. In diesem Sinne gibt dieses Lehrbuch auch Denkanstöße, die jenseits des Mainstreams liegen. Das betrifft insbesondere die Darstellung und die Folgen einer machttheoretischen Verbrechenslehre, die ich in meiner Habilitationsschrift (Straffreistellung aufgrund von Drittverhalten, Zurechnung und Freistellung durch Macht, 2007) entwickelt habe und die zurückhaltend in die Konzeption eingefügt wurde (vgl. § 2 RN 148 ff.; § 4 RN 110, 156; § 6 RN 138; § 10 RN 48; § 11 RN 5; § 12 RN 121). Auf der Grundlage der weiteren Forschungen von *Walter Grop*p (Festschrift für Sieber, 2020) wurden die Überlegungen zum subjektiven Rechtfertigungselement und dessen Fehlen fortentwickelt und teilweise revidiert (§ 5 RN 47 ff.). Neu eingefügt wurde ein Abschnitt zur Dogmatik des rechtfertigenden Notstandes bei Unterlassungsstraftaten (§ 11 RN 197). Völlig neu wurde § 15 (Strafrechtliche Sanktionen) bearbeitet, da der Gesetzgeber im Jahr 2017 das Recht der Vermögensabschöpfung neu gefasst hat. Wichtige Fälle aus der Rechtsprechung der letzten Jahre wurden im Text und in den Fußnoten ebenso berücksichtigt, wie die Literatur.

Das Manuskript wurde im Mai 2020 fertiggestellt und auf diesem Stand befinden sich auch die Nachweise. Soweit nicht besonders ausgewiesen, werden die Paragraphen aus dem StGB zitiert.

Ich danke *Walter Gropp* für das Vertrauen und die Zeit, die er auch in diese Neuauflage investiert hat. Für die Hilfe bei der Koordinierung, Materialbeschaffung und Überarbeitung der Literaturnachweise danke ich meiner Wissenschaftlichen Mitarbeiterin *Merle Semmelmann*, die mit viel Umsicht und Engagement zur pünktlichen Fertigstellung der 5. Auflage beigetragen hat. Ihr und den weiteren Mitarbeitern *Lars Bojen*, *Marcel Patric Iden*, *Patrick Pörtner* sowie der studentischen Mitarbeiterin *Kieran Galbraith* danke ich für die aufwendige Durchsicht der Druckfahnen. Frau Dr. *Brigitte Reschke* und *Manuela Schwietzer* vom Springer Verlag danke ich für die stets zuverlässige Betreuung des Werkes.

Anregungen und Kritik nehme ich gern unter sinn@uos.de entgegen und bewahre sie für die sechste Auflage auf.

Bad Iburg im Juni 2020

Arndt Sinn

Dass ein Schüler das Lehrbuch seines akademischen Lehrers weiterführt, ist keine Seltenheit, es ist aber auch nicht selbstverständlich. Daher erfüllt es mich mit großer Freude, dass *Arndt Sinn* auf meine Anfrage hin gerne zur Fortführung meines Lehrbuchs zum Allgemeinen Teil des Strafrechts bereit war.

Die „Kärnerarbeit“ dieser fünften Auflage haben *Arndt Sinn* und sein Osnabrücker Team geleistet. Ich hatte die angenehmere Aufgabe, den gesamten Text durchzugehen und mit ihm durchzusprechen. Deshalb stehe ich uneingeschränkt auch hinter jenen Inhalten der fünften Auflage, die von der vierten Auflage abweichen.

Arndt Sinn danke ich für die vertrauensvolle, anregende und von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenarbeit und wünsche ihm und „seinem“ Allgemeinen Teil für die Zukunft alles Gute!

Freiburg im Breisgau im Juni 2020

Walter Gropp

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einführung

§ 1 Kriminalität – Strafrecht – Strafrechtswissenschaft – gesellschaftliche Legitimation	3
A. Kriminalität	4
I. Begehung von Straftaten	4
II. Verfolgung von Straftaten	5
1. Erfassung und Verarbeitung von Straftaten als gesellschaftliches Problem.	6
a) Ermittlungsverfahren	6
b) Hauptverhandlung, Verurteilung, Strafvollstreckung, Strafvollzug	7
c) Unerkannte Straftaten	9
2. Verbrechen und Kriminalität als individuelles Problem ...	10
B. Strafrecht	11
I. Strafrecht als öffentliches Recht	11
II. Rechtsquellen des Strafrechts	13
1. Zur Entstehung eines deutschen Strafrechts	13
2. Das StGB von 1871	14
a) Entstehungsgeschichte	14
b) Die Konzeption des StGB in formaler und materieller Hinsicht	15
c) Reform des StGB	18
3. Nebenstrafrecht	20
4. Formelles Strafrecht.	20
a) Vorschriften über die Organe der Strafrechtspflege ...	21
b) Vorschriften über das Strafverfahren	21
c) Recht des Strafregisters (BZRG)	21
5. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) von 1953	22
6. Verfassungsrecht als maß- und grenzsetzende Rechtsquelle des Strafrechts	22

7.	Gewohnheitsrecht als strafrechtliche Rechtsquelle?	23
a)	Gefestigte Auslegung zu Gunsten des Täters.	23
b)	Rechtsfortbildung zu Gunsten des Täters	24
c)	Rechtsfortbildung zu Ungunsten des Täters	25
III.	Der Anwendungsbereich des deutschen Strafrechts – Strafanwendungsrecht („internationales Strafrecht“)	26
1.	Die Aufgabe des Strafanwendungsrechts	26
2.	Die Prinzipien des Strafanwendungsrechts in den §§ 3–7 StGB	27
a)	Territorialitätsprinzip	28
b)	Staatsschutzprinzip	29
c)	Aktives Personalitätsprinzip	29
d)	Passives Personalitätsprinzip	30
e)	Universalitätsprinzip (= Weltrechtsprinzip).	30
f)	Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	30
IV.	Europäisches Strafrecht.	31
1.	Einleitung.	32
2.	Der Begriff „Europäisches Strafrecht“	32
3.	Gegenstände des Europäischen Strafrechts	33
4.	Quellen und Institutionen des Europäischen Strafrechts	33
a)	Europarat	33
b)	Europäische Union.	33
5.	Ausblick.	37
C.	Die „gesamte“ Strafrechtswissenschaft	38
D.	Die gesellschaftliche Legitimation von Strafrecht und Strafe	39
I.	Der repressive Charakter des Strafrechts	39
1.	Normstabilisierung durch Ahndung begangener Straftaten	39
2.	Absage an eine Gefahrenabwehr durch Strafrecht	39
3.	Kriminalprävention	40
II.	Der Schutz gesellschaftlich bedeutender Achtungsansprüche (Rechtsgüter) als Legitimation des Strafrechts – zur Definitionsmacht des Strafrechts	40
1.	Der Schutz von Achtungsansprüchen/ Rechtsgüterschutz	40
2.	Die Definitionsmacht des Strafrechts	42
III.	Legitimation der Strafe	44
1.	Was ist Strafe?	44
2.	Legitimation.	45
a)	Staatspolitischer Aspekt.	45
b)	Sozialpsychologischer Aspekt	45
c)	Individual-ethischer Aspekt	46

3. Sinn der Strafe (Straftheorien)	46
a) „Absolute“ Straftheorien: Vergeltung und Sühne als Sinn der Strafe – punitur, quia peccatum est	47
b) „Relative“ Straftheorien: punitur, ne peccetur	49
c) Vereinigungstheorien: Abschreckung und Erziehung im Rahmen ausgleichender Vergeltung: „punitur, quia peccatum est, ne peccetur“	53
d) Expressive Theorien: Verhängung von Strafe als kommunikativer Umgang mit vergangenem Verhalten	55
4. Strafzwecke im StGB?	55
E. Zur Wiederholung	57
Literatur	58
§ 2 Die strafbare Handlung: Formale Bestimmung – materieller Gehalt – Struktur	67
A. Formale Bestimmung	68
B. Materieller Gehalt	69
I. Die strafbare Handlung als Verletzung „vergeistigter“ abstrakter (Straf)Rechtsgüter/Achtungsansprüche	69
II. Die strafbare Handlung als Verwirklichung eines realen gesetzlich beschriebenen Unwertes	72
1. Strafvorschriften als Unwertbeschreibungen	72
a) Objektiv (Sachverhaltsunwert)	72
b) Subjektiv (personaler Unwert): Vorstellung (Wissen und Wollen), Absichten und Motive des Täters	73
2. Verbrechen und Vergehen als materialisierte Stufen gesetzlich beschriebener Unwertverwirklichungen (Dichotomie)	74
a) Die doppelte Bedeutung des Begriffs „Verbrechen“	74
b) Verbrechen i. e. S. und Vergehen	75
c) Die praktische Bedeutung der Unterscheidung von Verbrechen und Vergehen	75
d) Die maßgeblichen Abgrenzungskriterien	76
3. Grundstraftat, Privilegierung und Qualifizierung – delictum sui generis	77
a) Grundstraftat, Privilegierung und Qualifizierung	77
b) Das delictum sui generis als selbstständige gesetzlich beschriebene Abwandlung	78
4. Regelbeispiele	79
III. Die strafbare Handlung als <i>rechtswidrige</i> Verwirklichung des gesetzlich beschriebenen Unwertes	82
IV. Die strafbare Handlung als <i>schuldhaft</i> e Verwirklichung des gesetzlich beschriebenen rechtswidrigen Unwertes	82

C. Struktur	82
I. Die Funktionen des Begriffs der strafbaren Handlung als Grundlage für die Struktur der strafbaren Handlung.	83
1. Der Begriff der strafbaren Handlung in seiner Funktion als Grundelement	83
2. Der Begriff der strafbaren Handlung in seiner Funktion als Grenzelement	83
3. Der Begriff der strafbaren Handlung in seiner Funktion als Verbindungs- bzw. Ordnungselement.	85
II. Modelle für eine Struktur der strafbaren Handlung (sog. Handlungslehren) und ihre Vereinbarkeit mit der Funktion des Handlungsbegriffs als Grund-, Grenz- und Verbindungs- bzw. Ordnungselement	86
1. Die Struktur der strafbaren Handlung als willentliches Verhalten, welches die gesetzlich beschriebene Unwertverwirklichung <i>verursacht</i> (sog. kausale Handlungslehre nach v. Liszt 1851–1919 und Beling 1866–1932)	86
a) Definition der Handlung	86
b) Hintergrund	87
c) Vertreter	87
d) Stärken	87
e) Schwächen	87
2. Die Struktur der strafbaren Handlung als <i>zweckgerichtete</i> Verursachung der gesetzlich beschriebenen Unwertverwirklichung (sog. <i>finale</i> Handlungslehre nach <i>Welzel</i> 1904–1977 und <i>Maurach</i> 1902–1976).	89
a) Definition der Handlung	89
b) Hintergrund	90
c) Vertreter	91
d) Stärken	91
e) Schwächen	91
3. Modifikationen der finalen Struktur der strafbaren Handlung durch „vermittelnde Handlungslehren“	93
a) Die Struktur der strafbaren Handlung nach der sozialen Handlungslehre	95
b) Die Struktur der strafbaren Handlung nach der negativen Handlungslehre	96
c) Die Struktur der strafbaren Handlung nach der machttheoretischen Handlungslehre	97
d) Die Struktur der strafbaren Handlung nach der personalen Handlungslehre	98
4. Bilanz und eigene Überlegungen – der machttheoretische Handlungsbegriff	99
D. Zur Wiederholung	102
Literatur	103

§ 3 Prinzipien des Strafrechts. 107

 A. Das Gesetzlichkeitsprinzip (Art. 103 II GG = § 1 StGB) 107

 I. Entstehungsgeschichte. 108

 II. Inhalt 109

 III. Die vier Forderungen des Gesetzlichkeitsprinzips
 im Einzelnen 111

 1. Lex scripta: Ausschluss strafbegründenden
 und strafschärfenden Gewohnheitsrechts 111

 2. Lex stricta: Analogieverbot – Auslegung und Analogie . . . 112

 a) Die Auslegung als Gegenstand der juristischen
 Methodenlehre. 112

 b) Dogmatik als Hilfsdisziplin der Auslegung 119

 c) Analogie. 121

 3. Lex certa: Bestimmtheitsgebot 122

 4. Lex praevia: Rückwirkungsverbot – zeitliche
 Geltung – Günstigkeitsprinzip. 125

 a) Rückwirkungsverbot im materiellen Strafrecht. 126

 b) Rückwirkungsverbot im Strafverfahrensrecht? 127

 c) Rückwirkungsverbot bezüglich der Änderung
 höchstrichterlicher Rechtsprechung? 128

 IV. Zur Wiederholung 130

 B. Das Schuldprinzip als materielle Ausformung des
 Rechtsstaatsprinzips. 130

 I. Nulla poena sine culpa – keine Strafe ohne Schuld 131

 II. Maßregeln der Besserung und Sicherung 133

 III. Zur Wiederholung 134

 C. Weitere Ausformungen des Rechtsstaatsprinzips 135

 Literatur. 135

**Teil II Die Lehre von der strafbaren Handlung Erscheinungsform:
 die vorsätzlich herbeigeführte Veränderung in der
 Außenwelt (sog. vorsätzliches Erfolgsdelikt)**

§ 4 Tatbestandsmäßigkeit 141

 A. Objektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit
 (Sachverhaltsunwert). 142

 I. Die Handlung einer Person (Tatsubjekt) 142

 1. Natürliche Personen. 142

 2. Juristische Personen und Personenvereinigungen 142

 a) Keine Strafbarkeit de lege lata. 142

 b) Überlegungen zu einer Strafbarkeit de lege ferenda . . . 144

 II. Die Tathandlung und weitere Tatmodalitäten 146

 III. Die Veränderung in der Außenwelt entsprechend
 der gesetzlichen Vorschrift (Erfolg) 146

 IV. Einwirkung auf ein Tatobjekt (im Unterschied zum
 gesetzl. geschützten Achtungsanspruch). 147

V.	Kausalität zwischen der Handlung und der Veränderung in der Außenwelt – Kausalitätstheorien	148
1.	Äquivalenztheorie – condicio sine qua non: Kausalität als Ergebnis einer hypothetischen Elimination	149
a)	„Abgebrochene“ Kausalität	152
b)	„Überholende“ Kausalität	153
c)	Alternative Kausalität	154
d)	Kumulative Kausalität	155
e)	Irrelevanz der Reserveursache	156
2.	Die Formel von der gesetzmäßigen Bedingung.	157
3.	Adäquanztheorie	158
4.	Relevanztheorie	159
VI.	Objektive Zurechnung.	159
1.	Fehlen eines rechtlich relevanten Risikos	160
2.	Fehlender Risikozusammenhang (fehlender Schutzzweck der Norm)	161
3.	Risikoverringerung?	161
4.	Fehlender Pflichtwidrigkeitszusammenhang (rechtmäßiges Alternativverhalten)	162
5.	Zurechnungsverlagerung auf Dritte (eigenverantwortliche Selbstgefährdung und -verletzung; Regressverbot)	163
B.	Subjektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit (personaler Unwert)	165
I.	Arten subjektiver Elemente der Tatbestandsmäßigkeit	165
II.	Der Vorsatz	166
1.	Struktur und Stufen	167
2.	Das Wissens-Element (cognitive Seite) des Vorsatzes.	167
a)	Die Tatumstände i. S. v. § 16 als Gegenstand des cognitiven Vorsatzelementes	167
b)	Der Einfluss von Abweichungen des Kausalverlaufs und des Tatobjekts auf die Zurechnung als vorsätzliche vollendete Tat – dolus generalis/aberratio ictus.	169
c)	Vorsatzunabhängige Elemente der strafbaren Handlung	173
d)	Intensität und Aktualität des cognitiven Elementes	173
3.	Das Willens-Element (voluntative Seite) des Vorsatzes	174
a)	Gegenstand des voluntativen Vorsatzelementes.	175
b)	Intensitätsgrade der voluntativen Seite	175
C.	Zur Wiederholung	186
	Literatur.	187

§ 5 Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe 195

A. Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Rechtfertigung 195

 I. Zum Verhältnis von Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit. 195

 1. Die Tatbestandsmäßigkeit als *ratio essendi* der Rechtswidrigkeit? – Die Lehre von den negativen Elementen der Tatbestandsmäßigkeit/den negativen Tatbestandsmerkmalen. 196

 2. Die Tatbestandsmäßigkeit als Indiz der Rechtswidrigkeit . . . 199

 3. Die Tatbestandsmäßigkeit als *ratio cognoscendi* der Rechtswidrigkeit 199

 II. Suche nach allgemeinen Rechtfertigungsprinzipien 200

 1. Monistische Ansätze 201

 2. Pluralistische Ansätze 201

 3. Rechtfertigungsprinzipien als Rechtfertigungsstrukturen 202

 III. Strukturelle Grundtypen der Rechtfertigung 202

 IV. Wirkungsgehalt und ethische Aussagekraft der Rechtfertigungsgründe 203

 V. Subjektives Rechtfertigungselement 204

 1. Unkenntnis der Rechtfertigungslage 205

 2. Irrige Annahme der Rechtfertigungslage und Handeln im erlaubten Risiko 208

 3. Zweifel hinsichtlich des Gegebenseins einer Rechtfertigungslage 208

B. Rechtfertigungsgründe im Einzelnen 210

 I. Die erklärte Einwilligung 210

 1. Disponibilität des Eingriffsguts 211

 2. Einsichtsfähigkeit – Aufklärung – hypothetische Einwilligung? 211

 3. Die Freiheit der Willensbildung und -entschließung. 213

 4. Einwilligungserklärung 214

 5. Subjektives Rechtfertigungselement 214

 6. Nichtvorliegen von Sittenwidrigkeit, § 228. 215

 7. Aufbau der Prüfung der erklärten Einwilligung 216

 8. Die systematische Einordnung der Einwilligung als Rechtfertigungsgrund 217

 9. Einwilligung und Einverständnis. 218

 a) Willensfähigkeit anstatt Einsichtsfähigkeit 218

 b) Entbehrlichkeit der Einverständniserklärung und Unbeachtlichkeit von Willensmängeln. 219

 c) Bemerkung zum Aufbau 219

II.	Notwehr (§ 32 StGB) und andere Abwehrrechte (§§ 229, 859 I, II BGB)	219
1.	Notwehrlage	220
a)	Angriff	220
b)	Notwehrfähigkeit des geschützten Achtungsanspruchs	221
c)	Rechtswidrigkeit des Angriffs	222
d)	Gegenwärtigkeit des Angriffs	224
2.	Notwehr- oder Verteidigungshandlung	225
a)	Erforderlichkeit	225
b)	Sozialethische Schranken der Notwehr	228
c)	Notwehr gegen Erpressung?	232
3.	Verteidigungswille	233
4.	Ausschluss/Einschränkung der Notwehr durch Verursachung der Notwehrlage	233
a)	Absichtsprovokation	234
b)	Rechtmäßige sozialadäquate Verursachung des Angriffs	234
c)	Rechtmäßige, aber sozialethisch fragwürdige Verursachung des Angriffs	235
d)	Rechtswidrige und schuldhafte Verursachung des Angriffs	236
5.	Wirkung der Notwehr	237
6.	Aufbau der Notwehr-Prüfung	237
7.	Zivilrechtliche Abwehrrechte – §§ 229, 859 I, II BGB	238
a)	Selbsthilfe, §§ 229, 230 BGB	238
b)	Besitzwehr und Besitzkehr, § 859 I, II BGB	238
III.	Rechtfertigender Notstand (§ 34 StGB, §§ 228, 904 BGB)	241
1.	Notstandslage	243
a)	Gegenwärtige Gefahr für einen Achtungsanspruch	243
b)	Nichtabwendbarkeit der Gefahr auf andere Weise	244
c)	Überwiegen des Erhaltungsguts	245
d)	Schuldhafte Herbeiführung der Notstandslage	250
2.	Notstandshandlung	251
a)	Abwendung der dem Erhaltungsgut drohenden Gefahr	251
b)	Angemessenheit des Mittels	251
3.	Subjektives Rechtfertigungselement	253
4.	Aufbau der Notstands-Prüfung	253
IV.	Rechtfertigende Pflichtenkollision	255
1.	Pflichtenkollisionen i. w. S. als Interessenkollisionen	256
2.	Konstellationen formaler „Pflichtenkollisionen“	258
a)	„Kollision“ einer formalen Handlungspflicht mit einer formalen Unterlassungspflicht	258
b)	Kollision von Unterlassungspflichten?	259
c)	„Kollision“ von Handlungspflichten?	262

3.	Die rechtfertigende „Kollision“ gleichrangiger formaler Handlungspflichten (rechtfertigende Pflichtenkollision i. e. S.)	262
V.	Amts- und Zwangsrechte als Rechtfertigungsgründe	265
1.	Eingriffsrechte von Amtsträgern, insbesondere im Rahmen der Strafverfolgung	265
2.	Handeln pro magistratu – §§ 229 bis 231 BGB, § 127 StPO	266
a)	Selbsthilferecht, §§ 229 bis 231 BGB	266
b)	Das Recht zur vorläufigen Festnahme für jedermann, § 127 I 1 StPO	267
VI.	Militärischer Befehl und dienstliche Anordnung (Weisungen)	268
VII.	Erziehungsrecht	270
1.	Kein „Züchtigungsrecht“ als Amtsrecht des Lehrers	270
2.	Das Erziehungsrecht der Eltern und anderer Personensorgeberechtigter	270
VIII.	Erlaubtes Risiko	271
1.	Mutmaßliche Einwilligung	272
a)	Die Nichteinholbarkeit der Einwilligungserklärung	273
b)	Die Erwartbarkeit der Einwilligung	274
c)	Alle sonstigen Voraussetzungen der Einwilligung	274
d)	Aufbau der Prüfung der mutmaßlichen Einwilligung	274
2.	Unvermeidbar irriige Annahme der tatsächlichen Voraussetzungen eines Rechtfertigungsgrundes (unvermeidbarer Erlaubnistatumstandsirrtum)	275
3.	Irrige Annahme der tatsächlichen bzw. normativen Voraussetzungen eines Eingriffsrechts durch Amtsträger	276
a)	Irrige Annahme tatsächlicher Eingriffsvoraussetzungen	276
b)	Irrige Annahme eines Eingriffsrechts	276
c)	Strafrechtlicher oder „prozessualer“ Rechtmäßigkeitsbegriff?	277
4.	Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	280
a)	Anwendungsbereich	280
b)	Voraussetzungen einer Straffreiheit nach § 193 bei nicht sicher unwahren Tatsachenbehauptungen im Einzelnen	281
c)	Beleidigende Werturteile	282
5.	Risikante Rettungshandlungen (vgl. auch § 12 Rn. 177 ff.)	282
IX.	Soziale Adäquanz als Rechtfertigungsgrund	282
X.	Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen	286
C.	Zur Wiederholung	286
Literatur.	287

§ 6 Schuldhaftigkeit und Schuld – Schuldaußschließungsgründe– Entschuldigungsgründe	299
A. Grundlagen: Schuldhaftigkeit und Schuld.	300
I. Die Schuldhaftigkeit der tatbestandsmäßigen und rechtswidrigen Handlung (Strafbegründungsschuld)	301
1. Die Schuldhaftigkeit als Rechtsbegriff	301
2. Schuld(haftigkeits)begriffe und Handlungslehren oder: die Voraussetzungen der Schuldhaftigkeit vor dem Hintergrund der Handlungslehren	302
a) Psychologischer Schuld(haftigkeits)begriff.	302
b) Der psychologisch-normative Schuld(haftigkeits)begriff	303
c) Der rein normative Schuld(haftigkeits)begriff.	304
d) Der normative Schuld(haftigkeits)begriff der h. M.	304
e) Modifikationen des Schuld(haftigkeits)begriffs der h. M. durch funktionale Elemente.	305
f) Die Schuldhaftigkeit als Element des Begriffs von der strafbaren Handlung.	306
3. Die Schuldhaftigkeit als Schuldhaftigkeit der Tat.	307
II. Schuld als Vorwurf der tatbestandsmäßigen, rechtswidrigen und schuldhaften Verwirklichung eines Unwertes (Strafzumessungsschuld).	307
III. Willensfreiheit als Voraussetzung von Schuld?.	310
B. Schuldaußschließungs- und -minderungsgründe	312
I. Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit (§§ 19, 20, 21 StGB; § 1 II JGG)	312
1. Altersabhängige Schuld(un)fähigkeitsstufen.	313
2. §§ 20, 21 StGB, psychisch bedingte Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit.	313
a) Die vier psychischen Befunde	315
b) Die Unfähigkeit des Täters zu Einsicht und Steuerung, § 20 StGB.	319
c) Die erheblich verminderte Fähigkeit des Täters zu Einsicht und/oder Steuerung, § 21 StGB	321
3. Scheinbare Ausnahmen von der Strafflosigkeit bei Schuldunfähigkeit	323
a) Actio libera in causa.	323
b) Vollrausch, § 323a	327
II. Der unvermeidbare Verbotsirrtum, § 17 S. 1 StGB	327
C. Entschuldigungsgründe	328
I. Entschuldigender Notstand, § 35 StGB.	329
1. Notstandslage.	330
a) Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit des Täters, eines Angehörigen oder nahestehender Personen	330

b)	Nichtabwendbarkeit der Gefahr auf andere Weise (Erforderlichkeit)	330
c)	Mangelndes Überwiegen des Erhaltungsgutes – Proportionalität	331
2.	Notstandshandlung	332
3.	Rettungswille als subjektives Entschuldigungselement.	332
4.	Prüfungspflicht?	332
5.	Wirkung	333
6.	Einschränkung der Entschuldigung durch § 35 I 2 StGB.	333
7.	Aufbauschema zum entschuldigenden Notstand (§ 35 StGB)	334
II.	Notwehrexzess, § 33 StGB	334
1.	Notwehrexzess-Lage	335
2.	Notwehrexzess-Handlung	336
a)	Verteidigungshandlung gegen den Angreifer.	336
b)	Erforderlichkeit	336
c)	Vorliegen der asthenischen Affekte	336
3.	Subjektives Entschuldigungselement.	337
4.	Ausschluss von § 33 StGB bei verschuldetem Notwehrexzess?	337
5.	Aufbauschema zum (intensiven) Notwehrexzess, § 33 StGB	337
III.	Befolgung einer unverbindlichen Weisung (militärischer Befehl/dienstliche Anordnung), §§ 5, 22 WStG, § 63 BBG.	338
1.	Unverbindlichkeit	338
2.	Entschuldigung	338
3.	Ausnahmen von der Entschuldigung	338
4.	Entschuldigungsgrund „eigener Art“?	339
IV.	Übergesetzlicher entschuldigender Notstand	339
V.	Unzumutbarkeit als allgemeiner Entschuldigungsgrund?	344
D.	Zur Wiederholung	345
	Literatur.	346
§ 7	Besondere Rechtsfolge voraussetzungen und -hindernisse.	351
A.	Besondere Rechtsfolge voraussetzungen	352
I.	Objektive Bedingungen der Strafbarkeit.	352
II.	Strafantrag, §§ 77–77d StGB	354
III.	Ermächtigung, § 77e StGB	354
B.	Besondere Rechtsfolge hindernisse	355
I.	Persönliche Strafausschließungsgründe	355
1.	Persönliche Strafausschließungsgründe mit sachbezogenem Hintergrund.	355
a)	Art. 46 I GG; §§ 36, 37 StGB, Indemnität von Abgeordneten	355
b)	§§ 18–20 GVG, Nichtverfolgung Exterritorialer.	356

2. Persönliche Strafausschließungsgründe mit schuldbezogenem Hintergrund	356
3. Schuldbezogene persönliche Strafausschließungsgründe und Irrtumslehre.	356
II. Persönliche Strafaufhebungsgründe	357
C. Zur Wiederholung	358
Literatur.	358

Teil III Weitere Erscheinungsformen der strafbaren Handlung

§ 8 Qualifikation durch eine besondere Folge der Tat (Erfolgsqualifizierte Straftat)	363
A. Struktur	363
B. Legitimation des erweiterten Strafrahmens	364
C. Der spezifische Gefahrezusammenhang zwischen Grundstrafat und qualifizierender Folge.	365
D. „Wenigstens fahrlässige“ Verursachung der qualifizierenden Folge ...	369
E. Beteiligung mehrerer Personen	370
F. Aufbauschema für die durch die besondere Folge qualifizierte Straftat – am Beispiel des § 227	370
G. Zur Wiederholung	371
Literatur.	371
§ 9 Versuch und Rücktritt – strafbare Vorbereitungshandlungen – tätige Reue	373
A. Der Versuch als Verwirklichungsstufe der Straftat	373
I. „Vorstellung von der Tat“ und „unmittelbares Ansetzen“ als unwertbegründende Elemente des Versuchs (§ 22 StGB).	376
1. Die Vorstellung von der Tat (Tatentschluss) und weitere subjektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit des Versuchs (personaler Unwert)	377
a) Die Vorstellung von der Tat (Tatentschluss)	377
b) Weitere subjektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit	381
2. Das unmittelbare Ansetzen als objektives Unwertelement des Versuchs (Sachverhaltsunwert)	382
a) Die formal-objektive Theorie.	382
b) Die materiell-objektive Theorie.	383
c) Die subjektive Theorie.	383
d) Die heute herrschende gemischt subjektiv-objektive Theorie.	384
e) Kein unmittelbares Ansetzen beim ex ante offensichtlich ungefährlichen Versuch und beim Fehlen des subjektiven Rechtfertigungselementes	385

f)	Das unmittelbare Ansetzen bei erweiterten Strafvorschriften, insbesondere Qualifikationen, Regelbeispielen und Strafvorschriften mit mehreren Tathandlungen	386
g)	Das unmittelbare Ansetzen bei notwendiger Mitwirkung des Opfers	387
h)	Das unmittelbare Ansetzen zum Unterlassen.	389
II.	Formale Begrenzungen der Versuchsstrafbarkeit (§ 23)	390
III.	Der Strafgrund des Versuchs	391
IV.	Sonderfragen	393
1.	Versuch bei der durch eine besondere Folge qualifizierten (erfolgsqualifizierten) Straftat	393
a)	Vollendung der Grundstrafat und Versuch der besonderen Folge („Versuch der Erfolgsqualifikation“)	393
b)	Versuch der Grundstrafat und Eintritt der besonderen Folge („erfolgsqualifizierter Versuch“)	393
c)	Versuch der Grundstrafat und Versuch der besonderen Folge („Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts“)	394
2.	Versuch und Regelbeispiel.	394
a)	Vollendung der Grundstrafat und „Versuch“ des Regelbeispiels	394
b)	Versuch der Grundstrafat und Verwirklichung des Regelbeispiels	395
c)	Versuch sowohl des Regelbeispiels als auch der Grundstrafat	395
V.	Der Aufbau der versuchten Straftat.	395
B.	Rücktritt (§ 24)	396
I.	Freiwilliges „Aufgeben der weiteren Tatausführung“ bzw. „Verhindern der Tatvollendung“ als unwertbegrenzende Elemente des Rücktritts	396
1.	Die gesetzliche Unterscheidung zwischen unbeendetem und beendetem Versuch.	396
a)	Aufgeben der Tat oder Verhinderung der Tatvollendung	396
b)	Die Vorstellung des Täters als Maßstab für das Beendetsein	398
2.	Der maßgebliche Bezugspunkt für die Vorstellung des Täters vom Beendetsein des Versuchs.	399
a)	Die Lehre vom Tatplankriterium	400
b)	Die Lehre vom Rücktrittshorizont	400
c)	Einzelaktstheorie und Gesamtbetrachtungslehre.	402
3.	Der Irrtum des Täters über die Wirksamkeit des Getanen – beachtlich?	404

4.	Unbeendetsein des Versuchs trotz Erreichens des außertatbestandsmäßigen Ziels?	405
5.	Rücktritt vom Unterlassungsversuch.	406
6.	Rücktritt vom Versuch einer durch eine besondere Folge qualifizierten (= erfolgsqualifizierten) Straftat	409
7.	Freiwilligkeit und Endgültigkeit des Rücktritts.	410
8.	(Subjektiv) fehlgeschlagener Versuch	411
II.	Der Straffreiheitsgrund des Rücktritts.	414
1.	„Rücktrittsorientierte“ Ansätze	414
2.	„Aburteilungsorientierte“ Ansätze.	414
III.	Rücktritt bei Tatbeteiligung mehrerer (§ 24 II).	416
IV.	Folgen des Rücktritts.	418
V.	Der Aufbau der Rücktrittsprüfung.	418
C.	Strafbare Vorbereitungshandlungen/Versuch der Beteiligung (§§ 30 f.).	419
I.	Zum Begriff der strafbaren Vorbereitungshandlungen	420
1.	Versuchte Anstiftung	421
2.	Sonstige Vorbereitungshandlungen	422
II.	Aufbaufragen.	423
III.	Rücktritt vom Versuch der Beteiligung/tätige Reue	424
D.	Zur Wiederholung	429
	Literatur.	429
§ 10	Beteiligung	435
A.	Grundlagen	436
I.	Gesetzliche Vorgaben	436
1.	§ 25, Täterschaft	436
2.	§§ 26, 27, Anstiftung und Beihilfe als gesetzliche Formen der Teilnahme – Akzessorietät	438
II.	Beteiligungsprinzipien und Täterbegriffe	439
1.	Einheitstätersystem – extensiver Täterbegriff	439
2.	Täterschafts- und Teilnahme-System (§§ 25–27) – restriktiver Täterbegriff	441
III.	Täterschaftstheorien	443
1.	Objektive Täterschaftstheorien	444
a)	Die formal-objektive Theorie.	444
b)	Die materiell-objektive Theorie.	445
2.	Der animus auctoris als Kriterium der subjektiven Täterschaftslehre	445
3.	Tatherrschaftslehre.	448
B.	Formen der Täterschaft, § 25.	451
I.	Unmittelbare oder Selbst-Täterschaft, § 25 I 1. Alt. (unmittelbare Handlungsherrschaft)	451
II.	Mittelbare Täterschaft, § 25 I 2. Alt. (mittelbare Handlungsherrschaft/Willensherrschaft)	452
1.	Kriterien mittelbarer Täterschaft	452

a)	Unterlegenheit des Tatmittlers	452
b)	Mittelbare Handlungsherrschaft des mittelbaren Täters	453
c)	Tätermerkmale des mittelbaren Täters	457
2.	Typische Fallgruppen mittelbarer Täterschaft	457
a)	Tatbestandslos handelndes Werkzeug	457
b)	Vorsatzlos handelndes Werkzeug	457
c)	Vorsätzlich, aber absichtslos handelndes Werkzeug (sog. „absichtslos-doloses Werkzeug“)	458
d)	Rechtmäßig handelndes Werkzeug	459
e)	Entschuldigt handelndes Werkzeug	460
f)	Schuldunfähige und vermindert schuldfähige Werkzeuge	460
3.	Ausschluss mittelbarer Täterschaft	462
4.	Sonderfragen	462
a)	Versuch in mittelbarer Täterschaft	462
b)	Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen?	464
c)	Der Täter hinter dem Täter – Tatherrschaftslehre oder Verantwortungsprinzip?	464
d)	Irrtumsfragen	467
5.	Prüfungsschema bei mittelbarer Täterschaft	469
III.	Mittäterschaft, § 25 II (funktionelle Tatherrschaft)	470
1.	Allgemeine Kriterien	470
a)	Gemeinsamer Tatentschluss (animus coactoris)	470
b)	Gemeinsame Tatherrschaft	471
c)	Eigener Tatbeitrag	472
d)	Vorliegen der erforderlichen Täterqualifikationen	473
2.	Zurechnung	473
a)	Gesamtzurechnung	473
b)	Grenzen der Gesamtzurechnung	474
3.	Sonderfragen	475
a)	Versuch und Rücktritt	475
b)	Unterlassen	477
c)	Sukzessive Mittäterschaft	478
d)	Keine fahrlässige Herbeiführung der Veränderung in der Außenwelt in Mittäterschaft	480
4.	Aufbauschema zur Mittäterschaft	481
C.	Teilnahme	482
I.	Strafgrund der Teilnahme	482
1.	Die akzessorietäts-orientierte Verursachung fremden Unrechts	482
2.	Die Verursachung fremder Schuld: kein Strafgrund der Teilnahme	483
II.	Akzessorietät der Teilnahme (§§ 26–29)	484

	1. Die Limitierung der Akzessorietät.	484
	2. Die Berücksichtigung „besonderer persönlicher Merkmale“ (§ 28)	484
	3. § 29	487
III.	Anstiftung § 26	488
	1. Haupttat	488
	2. „Bestimmen“ zur Tat	489
	3. Anstiftungsmittel	490
	4. Die doppelte Ausrichtung des Anstiftervorsatzes	491
	a) Vorsatz bezüglich der Haupttat	491
	b) Vorsatz bezüglich des Bestimmens	493
	5. Sonderfragen	493
	a) Anstiftung mehrerer Personen	493
	b) Anstiften durch Unterlassen?	493
	c) Abstiftung	493
	6. Aufbauschema für die Anstiftung	494
IV.	Beihilfe § 27	494
	1. Abgrenzung zur Mittäterschaft	494
	2. Qualität der Haupttat	494
	3. Beihilfehandlung: „Hilfeleisten“	495
	4. Kausalität der Beihilfe	496
	5. Die doppelte Ausrichtung des Gehilfenvorsatzes	498
	6. Sonderfragen	498
	a) Beihilfe durch Unterlassen	498
	b) Versuchte Beihilfe?	498
	c) Verselbstständigte Beihilfe?	499
	d) Neutrale Beihilfehandlungen?	499
	7. Strafmilderung	500
	8. Aufbauschema der Beihilfeprüfung	500
V.	Straffreie Sonderbeteiligung anstatt „Notwendige Teilnahme“	500
	1. „Notwendige Teilnahme“	500
	a) Konvergenzstraftaten	501
	b) Begegnungsstraftaten	501
	2. Straffreie Sonderbeteiligung	501
	a) Die selbstverletzende Teilnahme des Dispositionsbefugten	502
	b) Die selbstverletzende Teilnahme des Nichtdispositionsbefugten	502
	c) Die periphere Beteiligung an der Zentrifugal- bzw. Zentripetalstraftat	503
	d) Die Beteiligung des als Täter wegen einer persönlichen berücksichtigungswürdigen Zwangslage Ausgeschlossenen	506
	e) Die Beteiligung des als Täter wegen einer strafbaren Bezugstat Ausgeschlossenen	507

D. Vorstufen der Beteiligung, § 30	508
E. Zur Wiederholung	509
Literatur	509
§ 11 Unterlassen	517
A. Grundfragen	518
I. Echte und unechte Unterlassungsstraftaten	519
II. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit unechter Unterlassungsstraftaten?	521
B. Die Tatbestandsmäßigkeit der Unterlassungsstraftaten – die wesentlichen unwertbegründenden Elemente	521
I. Die Garantenstellung des Täters – unechte Unterlassungsstraftaten als Sonderstraftaten	521
1. Die Funktion der Garantenstellung	522
2. Voraussetzungen von Garantenstellungen	523
a) Garantenstellungen aus rechtlichen bzw. tatsächlichen Gegebenheiten (erweiterte Garantentrias)	523
b) Kritik	524
c) Die Unterscheidung von Beschützer- und Überwachungsgaranten	525
II. Rechtlich relevantes Handeln in Form des Unterlassens	536
1. Ausscheiden von Sachverhalten ohne Handlungsqualität	536
a) Schlaf oder Bewusstlosigkeit	536
b) Vis absoluta	536
c) Sonstige Unmöglichkeit der Erfolgsabwendung	537
2. Ausschluss der Tatbestandsmäßigkeit durch Unzumutbarkeit?	538
3. Nichterfüllung der Pflicht zu einem bestimmten Handeln	540
a) Echte Unterlassungsstraftaten	540
b) Unechte Unterlassungsstraftaten	541
4. Abgrenzung von Tun und Unterlassen	541
a) Regel: Äußeres Erscheinungsbild und Kausalität als Kriterien für die Unterscheidung von Tun und Unterlassen	542
b) Ausnahme: Bewertung aktiven Tuns als Unterlassen (Unterlassen durch Tun) in den so genannten Retterfällen	545
c) Das Abstellen des Respirators: ein Tun	548
d) „Passives Tun“ als Handlungsform	549
III. Tatbestandsmäßige Veränderung in der Außenwelt („Erfolg“) und Quasi-Kausalität	550
1. Anforderungen an die Quasi-Kausalität	550
2. Ablehnung eines gesonderten Pflichtwidrigkeitszusammenhangs	552

IV.	Die Entsprechens-Formel, § 13.	553
1.	Handlungsäquivalenz.	553
2.	Fakultative Strafmilderung	555
V.	Subjektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit	555
1.	Besondere subjektive Elemente der Tatbestandsmäßigkeit	555
2.	Allgemeine subjektive Unrechtselemente	556
VI.	Fahrlässiges Unterlassen	557
C.	Rechtswidrigkeit	557
D.	Schuldhaftigkeit.	559
E.	Besonderheiten bei den echten Unterlassungsstraftaten	560
F.	Irrtum über die Handlungspflicht: Gebotsirrtum	562
G.	Aufbau der vorsätzlichen unechten Unterlassungsstraftat.	563
H.	Zur Wiederholung	565
	Literatur.	565
§ 12	Fahrlässigkeit.	569
A.	Vorbemerkung	569
B.	Der Unwert der Fahrlässigkeitsstraftat – am Beispiel der fahrlässigen Tötung (§ 222).	571
I.	Handlung und Veränderung in der Außenwelt (Erfolg)	572
II.	Fahrlässigkeit als Begrenzung einer reinen Haftung für eine Veränderung in der Außenwelt.	572
1.	Der Fahrlässigkeitsbegriff der überwiegenden Meinung: unvorsätzliche Verursachung eines objektiv vorhersehbaren und vermeidbaren tatbestandsmäßigen Sachverhaltsunwertes durch Verletzung einer Sorgfaltspflicht	573
a)	Ungewollte Verwirklichung des Sachverhaltsunwertes: Unbewusste und bewusste Fahrlässigkeit, Leichtfertigkeit – Abgrenzung vom Eventual-Vorsatz (dolus eventualis) – Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	574
b)	Verletzung einer Sorgfaltspflicht	575
c)	Nichtvorliegen einer Sorgfaltspflichtverletzung in Fällen berechtigten Vertrauens auf die Rechtstreue Dritter (Vertrauensgrundsatz)	578
d)	Begrenzung der Fahrlässigkeitshaftung durch das Erfordernis der objektiven Vorhersehbarkeit der Veränderung in der Außenwelt	583
e)	Begrenzung der Fahrlässigkeitshaftung durch das Erfordernis der Vermeidbarkeit der Veränderung in der Außenwelt bei pflichtgemäßem Verhalten (Lehre vom Pflichtwidrigkeitszusammenhang/ rechtmäßigen Alternativverhalten)	584

- f) Haftungsbegrenzung durch den Schutzzweck der die Sorgfaltspflicht begründenden Norm 588
 - g) Haftungsbegrenzung durch eigenverantwortliche Selbstgefährdung (Verantwortungsprinzip). 589
 - 2. Überlegungen zu einem gefahrbezogenen individuellen Fahrlässigkeitsbegriff. 592
 - a) Verstoß gegen Sorgfaltspflichten oder Schaffung einer erhöhten Gefahr? 592
 - b) Genereller oder individueller Fahrlässigkeitsbegriff? – die individuelle Vorhersehbarkeit als „personaler Fahrlässigkeitsunwert“ 597
 - III. Der personale Unwert der Fahrlässigkeitsstraftat 600
- C. Rechtswidrigkeit 602
 - I. Fahrlässigkeitsunwert und Fahrlässigkeitsunrecht – Fahrlässigkeitsstrafvorschriften als „offene“ Strafvorschriften? 602
 - II. Rechtfertigungsgründe 603
 - 1. Unvorsätzliche Verwirklichung der Elemente der Tatbestandsmäßigkeit in Unkenntnis der Rechtfertigungslage am Beispiel der Notwehr 603
 - 2. Ungewollte Auswirkungen eines Verhaltens in Wahrnehmung eines Rechtfertigungsgrundes 604
 - a) Notwehr, § 32. 604
 - b) Rechtfertigender Notstand, § 34 605
 - c) Mutmaßliche Einwilligung und Einwilligung in unvorsätzlich verwirklichte Straftaten. 605
 - d) Erlaubtes Risiko. 605
- D. Schuldhaftigkeit. 606
 - I. Übereinstimmungen mit der Vorsatzstraftat 606
 - II. Besonderheiten 606
 - 1. Fahrlässigkeit als Schuldform 606
 - 2. Die Unzumutbarkeit pflichtgemäßen Verhaltens/der Unterlassung der Gefahrerhöhung als (übergesetzlicher) Entschuldigungsgrund bei der Fahrlässigkeitsstraftat? . . . 606
- E. Synopse: Aufbau der fahrlässigen Straftat. 607
- F. Zur Wiederholung 612
- Literatur. 612

Teil IV Irrtumslehre

- § 13 Irrtum**. 619
 - A. Ausgangsfragen 620
 - I. Objekte des Irrtums 620
 - II. Unkenntnis und irrige Annahme als (Erscheinungs-)Formen des Irrtums 621

III.	Beachtlichkeit	622
1.	Die fragmentarische Natur der geschriebenen Irrtumsregeln	622
2.	Grundunterschiede in den Rechtsfolgen: Tatumstands- (§ 16) und Verbotsirrtum (§ 17).	624
3.	Zusammenfassung	625
IV.	Zur Methodik: Tatsachen(Tatumstands)irrtum und Verbotsirrtum im Aufbau der Straftat.	625
B.	Entwicklungsschritte in Rechtsprechung und Lehre	626
I.	Error iuris (criminalis) nocet – die Unbeachtlichkeit des strafrechtlichen Verbotsirrtums in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	626
II.	Die Anerkennung des unmittelbaren Verbotsirrtums und des Unrechtsbewusstseins als vom Vorsatz losgelöstes selbstständiges Merkmal der Schuldhaftigkeit (Schuldtheorie) durch den Bundesgerichtshof	629
1.	Die „Honorar-Entscheidung“ BGHSt 2, 194.	629
2.	Zur Unvermeidbarkeit des Verbotsirrtums.	632
3.	Inhalt und Umfang des Unrechtsbewusstseins	633
a)	Unrechtsbewusstsein als Bewusstsein des Unrechts	633
b)	Unrechtsbewusstsein in Form einer Parallelwertung in der Laiensphäre	634
c)	Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	635
C.	Der Irrtum im Strafrecht – dargestellt entsprechend dem Aufbau der strafbaren Handlung	636
I.	Irrtümer über Elemente der Tatbestandsmäßigkeit	637
1.	Gegenstand: Elemente der Tatbestandsmäßigkeit/deskriptiv	637
a)	Form: Unkenntnis	637
b)	Form: Irrige Annahme	637
2.	Gegenstand: Elemente der Tatbestandsmäßigkeit/ normativ	637
a)	Form: Unkenntnis	637
b)	Form: Irrige Annahme	639
3.	Irrtum über qualifizierende Elemente der Tatbestandsmäßigkeit.	640
a)	Form: Unkenntnis	640
b)	Form: Irrige Annahme	640
4.	Irrtum über privilegierende Elemente der Tatbestandsmäßigkeit.	641
a)	Form: Unkenntnis	641
b)	Form: Irrige Annahme	641

5.	Irrtum über den Geschehensablauf (Kausalabweichung) . . .	641
	a) Form: Unkenntnis des eingetretenen Kausalverlaufs . . .	642
	b) Form: Irrige Annahme eines Kausalverlaufs	643
6.	Irrtum über das Angriffsobjekt und den Kausalverlauf – Fallgruppe: Irrtum über das Angriffsobjekt und Irrtum über die Tatbestandsmäßigkeit des Angriffsobjekts	643
	a) Form: Unkenntnis der Verletzung des getroffenen Angriffsobjekts	643
	b) Form: Irrige Annahme der Verletzung des angepeilten Angriffsobjekts	644
7.	Irrtum über das Angriffsobjekt und den Kausalverlauf – Fallgruppe: Irrtum über das Angriffsobjekt ohne Irrtum über die Tatbestandsmäßigkeit des Angriffsobjekts: Kausalabweichung in Form der aberratio ictus	644
	a) Form: Unkenntnis des getroffenen Objekts (hier: Frau L.)	645
	b) Form: Irrige Annahme	647
8.	Irrtum über das Angriffsobjekt – Fallgruppe: Irrtum über die Identität des Angriffsobjekts = error in persona vel obiecto	647
	a) Form: Unkenntnis der wahren Identität	648
	b) Form: Irrige Annahme	649
9.	Strafbarkeit des Anstifters bzw. Gehilfen bei einem error in obiecto vel persona des Täters	649
II.	Irrtümer über Elemente der Rechtswidrigkeit	652
1.	Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Rechtfertigungsgrundes	652
	a) Form: Unkenntnis	652
	b) Form: Irrige Annahme – Erlaubnistatumstandsirrtum . . .	653
2.	Irrtum über die rechtlichen Grenzen eines Rechtfertigungsgrundes – Erlaubnisgrenzirrtum	659
	a) Form: Unkenntnis der Erlaubnisgrenze	659
	b) Form: Irrige Annahme	660
3.	Irrtum über die Existenz eines Rechtfertigungsgrundes – Erlaubnisnormirrtum	660
	a) Form: Unkenntnis	660
	b) Form: Irrige Annahme	661
4.	Irrtum über das „Verbotensein“ – „unmittelbarer Verbotsirrtum“	661
	a) Form: Unkenntnis	661
	b) Form: Irrige Annahme	661

III.	Irrtümer über Elemente der Schuldhaftigkeit	662
1.	Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen von Entschuldigungsgründen.	662
a)	Form: Unkenntnis	662
b)	Form: Irrige Annahme – „Entschuldigungstatumstandsirrtum“	662
2.	Irrtum über die rechtlichen Grenzen eines Entschuldigungsgrundes – „Entschuldigungsgrenzirrtum“	663
a)	Form: Unkenntnis	663
b)	Form: Irrige Annahme	663
3.	Irrtum über Schuldausschließungsgründe – „Schuldausschließungsgrundirrtum“	664
IV.	Irrtümer über besondere Rechtsfolgevoraussetzungen	664
1.	Irrtümer über objektive Bedingungen der Strafbarkeit	664
2.	Irrtümer im Bereich persönlicher Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe.	664
D.	Konkurrenz von Tatumsstands- und Verbotsirrtum?	665
E.	Übersicht über Gegenstände, Formen, Bezeichnungen und die Beachtlichkeit der wichtigsten Irrtümer im Strafrecht	665
F.	Zur Wiederholung	669
	Literatur.	670

Teil V Konkurrenzlehre und Strafrechtliche Sanktionen

§ 14	Gesetzeseinheit – Tateinheit (§ 52) – Tatmehrheit (§§ 53–55)	675
A.	Überblick	675
I.	Die Aufgabe der Konkurrenzlehre.	675
II.	Tateinheit, Tatmehrheit und Gesetzeseinheit.	677
B.	Konkurrenzfragen in der Fallbearbeitung	678
I.	Erster Prüfungsschritt: Gesetzeseinheit.	678
1.	Formen	678
a)	Spezialität.	678
b)	Konsumtion	679
c)	Subsidiarität	680
d)	Hinweis zur Fallbearbeitung	680
2.	Wirkungen	681
a)	Zurücktreten.	681
b)	Verbleibende Wirkungen	681
II.	Zweiter Prüfungsschritt: Tat- bzw. Handlungseinheit (§ 52)?	681
1.	Im Vorfeld der Konkurrenzlehre: mehrere Handlungen, die nur ein Strafgesetz erfüllen („tatbestandliche Handlungseinheit“)	682

a)	Mehraktige und zusammengesetzte Straftaten.	682
b)	Nichttatbestandsmäßige Handlungen bei Dauerstraftaten	682
c)	Unterlassungsstraftaten bei Identität der Veränderung in der Außenwelt	683
d)	Wiederholender (iterativer) oder schrittweiser (sukzessiver) Verstoß gegen ein Strafgesetz zu Lasten desselben Achtungsanspruchsträgers.	683
2.	Handlungseinheit als Grundlage für Tateinheit – Formen . . .	683
a)	„Dieselbe Handlung“ als eine Handlung im natürlichen Sinne	684
b)	„Dieselbe Handlung“ als eine Handlung „im rechtlichen Sinne“ („rechtliche Handlungseinheit“)	684
bb)	Schrittweise (sukzessive) Verletzung eines Strafgesetzes	685
c)	„Dieselbe Handlung“ als „natürliche Handlungseinheit i. w. S.“?	687
d)	Die faktische Aufgabe der Handlungseinheit in Form der „fortgesetzten Handlung“ durch den BGH	687
3.	Formen der Tateinheit	689
4.	Wirkungen der Tateinheit.	689
III.	Dritter Prüfungsschritt: Tatmehrheit (§ 53)?	690
1.	Formen	690
2.	Wirkungen	691
a)	Asperationsprinzip	691
b)	Kombinationsprinzip	691
C.	Zur Wiederholung	693
	Literatur.	693
§ 15	Strafrechtliche Sanktionen	697
A.	Schuldabhängige Sanktionen.	698
I.	Strafen	698
1.	Freiheitsstrafe und Strafaussetzung zur Bewährung	698
a)	Freiheitsstrafe, §§ 38 f.	698
b)	Abwendung der Strafvollstreckung und Strafaussetzung zur Bewährung, §§ 56 ff.	700
c)	Freiheitsstrafe als ultima ratio	701
2.	Geldstrafe, §§ 40 ff.	701
3.	Fahrverbot als Nebenstrafe, § 44.	702
II.	„Vergeistigte Strafen“, §§ 59, 60.	703
III.	„Strafen“ ohne Übelszufügung?	704
IV.	Sanktionen des Jugendstrafrechts	705

B. Schuldunabhängige Maßregeln der Besserung und Sicherung	706
I. Freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung	706
II. Maßregeln ohne Freiheitsentzug	708
C. Sanktionen gegen das Eigentum	708
I. Einziehung von Taterträgen, §§ 73–73e	709
II. Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten, §§ 74–74d	714
D. Zur Wiederholung	715
Literatur	715
Sach- und Fälleverzeichnis	719

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
ABL.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABL.EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
Alt.	Alternative
and.	anders
Anm.	Anmerkung
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BBG	Bundesbeamtengesetz
betr.	betreffend
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil, Seite)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache (Legislaturperiode, Nummer)
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation

DJT	Deutscher Juristentag
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuches (BT-Drs. IV/650), 1962
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
Einl.	Einleitung
Erg.	Ergebnis
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
evtl.	eventuell
f.	folgende(r)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	fortfolgende
FN	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GerS	Der Gerichtssaal
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbHG	Gesetz betr. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GrS	Großer Senat für Strafsachen
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel.
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinn
i. S.	im Sinn
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAP	Juristische Ausbildung und Praxis (Österreich)
JBl.	Juristische Blätter (Österreich)
jew.	jeweils
JK	Jura-Kartei
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KastrG	Gesetz über die freiwillige Kastration
KG	Kammergericht

KO	Konkursordnung
KrimZ	Kriminologische Zentralstelle e.V. Wiesbaden
krit.	kritisch
LB	Lehrbuch
LG	Landgericht
LKW	Lastkraftwagen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte vom 4.11.1950
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
mwN	mit weiteren Nachweisen
m. zahlr. w. Nachw.	mit zahlreichen weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	ummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-	RR NStZ Rechtsprechungs-Report Strafrecht
oBdS	objektive Bedingung der Strafbarkeit
o. g.	oben genannt
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht (zitiert nach Paragraphen und Seite)
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität vom 15.7.1992
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
pSAG	persönlicher Strafausschließungsgrund
RFG	Rechtfertigungsgrund
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt (Teil, Seite)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RN	Randnummer
RPfG	Rechtspflegergesetz
Rspr.	Rechtsprechung
RVO	Reichsversicherungsordnung
s.	siehe
S.	Satz, Seite
SchwZStr	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
SFHÄndG	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)

SoldG	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
str.	streitig
StrÄndG	Gesetz zur Änderung des Strafrechts
StraFo	Strafverteidiger Forum
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
u. ä. m.	und ähnliches mehr
u. a.	unter anderem, und andere
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung (Band, Seite)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WStG	Wehrstrafgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
zust.	zustimmend
z. Z.	zur Zeit
zw.	zweifelhaft